

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 26. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag 18.04.02	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 11.00 Uhr	Sitzungsort Rembertiring
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 07.03.02	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Beratungsschwerpunkte der 297. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 28.02.02 / 01.03.02 in Berlin	Vorlage L 128
TOP 5	Informationen zum Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen	Vorlage L 129
TOP 6	Fremdsprachlicher Unterricht in der Grundschule	Vorlage L 130 / G 172
TOP 7	Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren hier: Empfehlungen der Gutachter zur Teilnahme von 5 Pilotschulen	Vorlage L 132
TOP 8	Präsenztage - Verbindliche Arbeitstage für Lehrerinnen und Lehrer in den Ferien	Vorlage L 133
TOP 9	Erste Änderung der Verordnung über die Ferien für die Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für die Schuljahre 2002/2003 bis 2007/2008 vom 26. September 2000	Vorlage L 131

Herr Senator Lemke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 07.03.02

Das Protokoll vom 07.03.02 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Mützelburg zur **Aufhebung der Versetzung/ Nichtversetzung in der Hauptschule bis H9** wurde verteilt.
2. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Bürger zur **Anmeldesituation der 1- und 2jährigen Höheren Handelsschule** wurde verteilt.

3. Das Informationsmaterial für die **Deputationsreise nach Antwerpen vom 4. – 8.11.02** wurde verteilt.
4. Als Termin für die **gemeinsame Sitzung der Bildungs- und Wissenschaftsdeputation zum Thema „Lehrerbildung“** wurde der 14.06.02 um 11.00 Uhr vereinbart.
5. Frau Hövelmann bittet um einen Bericht über die **Ausbildung in den Fächern Arbeitslehre/ökonomische Bildung** an der Universität. Stimmt es, dass die Ausbildung eingestellt wurde?
6. Herr Bürger fragt, ob es stimmt, dass am LIS für die **ITB-Gruppe** 10 Stellen ausgeschrieben wurden und wenn ja, warum?
7. Herr Bürger bittet um einen Sachstand zur **Parkraumbewirtschaftung** an den Bremer Schulen.
8. Herr Rohmeyer fragt nach der Resonanz auf das Schreiben der Bundeswehr zur **Veranstaltung „Unser Heer“** in den Schulen und bittet um einen Sachstandsbericht.
9. Herr Glintenkamp fragt im Zusammenhang mit dem RS 80/2002, wann mit einem **Zwischenbericht zur Arbeit der SCHUPSe** zu rechnen sei?

Herr Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

TOP 4 Beratungsschwerpunkte der 297. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und-senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 28.02.02 / 01.03.02 in Berlin Vorlage L 128

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 5 Informationen zum Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen Vorlage L 129

Frau Hövelmann lobt die Vorlage als wichtigen Schritt zu einer besseren feed-back-Kultur in Schule. Sie regt an, dass auch verstärkt Rückmeldungen von Schülern über die Lehrer organisiert werden, wie dies beispielsweise am SZ Kornstr. im vergangenen Jahr erfolgt sei. Herr Rohmeyer begrüßt, dass die bisherige Skepsis gegen Informationen zum Arbeits- und Sozialverhalten überwunden worden sei. Herr Fries befürchtet, dass die Schüler und Schülerinnen die Beurteilungen als Bewertungen empfinden werden. Außerdem sei die Beurteilung zu sehr kategorisiert, ein schriftlicher Kommentar wäre besser. Herr Brumma hebt hervor, dass es sich um eine sehr ausgewogene Vorlage handele. Er weist darauf hin, dass die Lehrkräfte bei dieser Arbeit unterstützt werden müssten und dass es sich um einen zusätzlichen Arbeitsaufwand handele. Herr Lückert bejaht dieses und weist darauf hin, dass es sich um eine sehr sinnvolle Mehrbelastung handele.

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zeugnisordnung und den Entwurf dazugehöriger Richtlinien zur Kenntnis.

TOP 6 Fremdsprachlicher Unterricht in der Grundschule

Vorlage L 130 / G 172

Herr Senator Lemke berichtet, dass wegen der positiven Erfahrungen mit dem Pilotvorhaben im kommenden Schuljahr eine flächendeckende Einführung von Englisch in der Grundschule möglich sei. Er möchte damit insbesondere auch auf die entsprechenden Bitten des Zentral-

elternbeirats eingehen. Herr Rohmeyer bezweifelt, dass ein vollwertiger Englischunterricht bis zum Herbst organisierbar sei, da die Schulen z. T. noch nicht informiert seien. Er fordert, dass durch die Qualifizierungsmaßnahmen kein Unterricht ausfallen dürfe. Frau Jansen begrüßt die flächendeckende Einführung, da sonst Ungleichheiten an den Schulen entstehen würden. Sie fragt, wie die Finanzierung und ein entsprechendes Kreditangebot in Bremerhaven gewährleistet sei. Herr Mützelburg stimmt der Vorlage zu, spricht sich aber gegen eine Veränderung der Stundentafel in der OS aus. Er fragt, welche Initiativen es an der Universität zur Englischlehrausbildung für die Primarstufe gebe oder, ob die Qualifizierung nur durch Fortbildung erfolgen soll? Er fordert, dass es ein entsprechendes Programm zur Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache geben müsse. Herr Senator Lemke antwortet, dass zur Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache Vorkurse in allen Stadtteilen eingerichtet werden. Eine Ausbildung für das Fach Englisch in der Grundschule werde in der Universität vorbereitet. Die Qualifizierung der Lehrkräfte in Englisch finde in der Zeit von August bis Oktober statt, in der noch kein Englischunterricht stattfindet. Herr Kuckerow fragt, was mit den überhängigen Betreuungskräften passiere? Herr Senator Lemke erklärt, da mehr Unterricht erteilt werde, seien weniger Betreuungskräfte erforderlich. Sein Ziel sei, die besten Betreuungskräfte mit mehr Stunden einzusetzen. Herr Bürger fragt, wie die Lehrbefähigung in Englisch bei den Lehrkräfte ermittelt wurde? Herr Senator Lemke erklärt, dass eine gezielte Abfrage gemacht wurde. Frau Wangenheim bittet um einen Sachstandsbericht zur flächendeckenden Einführung von Englisch in der Grundschule aus Bremerhaven zur nächsten Sitzung. Herr Senator Lemke sagt dieses zu.

Beschluss:

1. Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstand zur Pilotphase zur Kenntnis und stimmt der flächendeckenden Einführung von Englisch ab Jahrgangsstufe 3 in den Schulen des Landes Bremen zum Schuljahr 2002/03 zu.
2. Die Deputation für Bildung stimmt der dargestellten Finanzierung für die Schulen der Stadtgemeinde Bremen zu.

TOP 7 Entwicklung beruflicher Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren hier: Empfehlungen der Gutachter zur Teilnahme von 5 Pilotschulen

Tischvorlage L 132

Herr Brumma bittet darum, dass die Schulen, die nicht berücksichtigt werden konnten bei anderen Projekten bedacht werden. Herr Senator Lemke erklärt, dass dies auch sein Ziel sei. Herr Bürger weist darauf hin, dass in den Berufsschulen die duale Ausbildung die erste Priorität habe. Weiterbildungsangebote von Schulen sollen nur dann eingerichtet werden, wenn sie nicht in Konkurrenz zu bestehenden Angeboten stehen.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 8 Präsenztage - Verbindliche Arbeitstage für Lehrerinnen und Lehrer in den Ferien

Vorlage L 133

Frau Hövelmann weist darauf hin, dass es für eine fundierte Schuljahresvorbereitung erforderlich sei, dass die Personalzuweisungen vor den Ferien abgeschlossen seien. Außerdem müsse den Schulen ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot zur Verfügung stehen. Herr Bürger unterstützt dieses und bittet darum, darauf zu achten, dass die Fortbildungstage sinnvoll genutzt werden. Herr Mützelburg kritisiert, dass es kein verbindliches Gesamtkonzept innovativer Lehrerarbeitszeitregelungen gebe. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass hiermit als ein erster Schritt zu besseren Lehrerarbeitszeitregelungen getan sei. Die Schulen müssen ausreichend informiert werden. Die Behörde habe die Aufgabe, das Angebot an den Präsenztagen mit „Leben zu füllen“. Herr Senator Lemke erklärt, dass es sich nicht um eine Strafmaßnahme handele, sondern dass damit ein verbindlicherer Rahmen für eine bessere Vorbereitung des Schuljahres und für Fortbildung und Schulentwicklung gegeben werde. Pa-

rallel dazu habe er die Anordnung gegeben, den Schulen die fachbezogene Zuweisung vor den Sommerferien mitzuteilen, so wie dies zum Halbjahreswechsel erfolgreich umgesetzt worden sei. Herr Heilbronn (PR-Sch) kritisiert, dass die in einem Einigungsstellenverfahren vereinbarte Evaluation der bisherigen Regelung nicht erfolgt sei. Er kritisiert, dass die neue Formulierung des § 1a Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes weitere Arbeitszeiterhöhungen ermögliche. Herr Becker (PR-Sch) kritisiert, die Neudefinition der Lehrerarbeitszeit, wie sie mit § 1a erfolge. Herr Tietke (VSB-Sch) weist daraufhin, die übergeordneten gesetzlichen Regelungen für Schwerbehinderte bei der weiteren Umsetzung zu berücksichtigen seien.

Beschluss: (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes in der Fassung der Anlage zu.

TOP 9 Erste Änderung der Verordnung über die Ferien für die Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für die Schuljahre 2002/2003 bis 2007/2008 vom 26.September 2000 Vorlage L 131

Beschluss:

Die Deputation stimmt der Änderung der Verordnung über die Ferien für die Schulen der Stadtgemeinde Bremen und Bremerhaven für die Schuljahre 2002/03 bis 2007/08 zu.

Senator

Sprecher

Protokollantin